

Stellungnahme

zur Mitteilung der Kommission an das
Europäische Parlament und den Rat

Überprüfung der Strategie für
nachhaltige Entwicklung. Ein Aktionsprogramm

KOM(2005) 658 endgültig

Berlin, 3. März 2006

Allianz

BASF

Bayer

BMW Group

Bosch

DaimlerChrysler

Degussa

Deutsche Bahn

Deutsche Bank

Deutsche Telekom

EnBW

E.ON

E.ON Ruhrgas

HeidelbergCement

Lufthansa

RAG

RWE

Siemens

Tetra Pak

ThyssenKrupp

TUI

VCI

Volkswagen

I. FÜR EINEN KURSWECHSEL: EU-SDS UND LISSABON-STRATEGIE ZUSAMMENFÜHREN

Als Mitglieder des Unternehmensnetzwerks econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V. sind wir dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet und wollen es auf nationaler, europäischer und globaler Ebene voranbringen. Wir begrüßen das Bemühen der Europäischen Union um ein strategisches Vorgehen für eine nachhaltige Entwicklung.

Die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung (EU Sustainable Development Strategy, EU-SDS) wird zurzeit in einem aufwändigen Verfahren überprüft. Die weiterentwickelte Strategie mit einem Aktionsprogramm 2005-2010 soll im Juni 2006 vom Europäischen Rat angenommen werden. Wir als große, multinationale Unternehmen der deutschen Wirtschaft nehmen diesen Revisionsprozess sehr ernst und wissen um unsere Verantwortung, als Partner der Politik aktiv an Strategien der EU mitzuwirken. Mit der Kommission stimmen wir überein, **dass eine stärkere europäische Wirtschaft entscheidend ist für das Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung**. Als Unternehmen haben wir ein existenzielles Interesse daran, dass die Weichen für ein prosperierendes und friedliches Europa richtig gestellt werden.

In diesem Sinne haben wir uns anlässlich der aktuellen Mitteilung der Europäischen Kommission – KOM(2005) 658 endg. – abermals gemeinsam und eingehend mit der EU-SDS befasst: mit ihren Zielen, mit ihrer Struktur und Entstehungsgeschichte, mit ihrem Verhältnis zur Lissabon-Strategie¹.

Unabhängig von der Frage, wie die einzelnen Aussagen der Strategie bewertet werden, sind wir – erneut – zu der Überzeugung gelangt, dass die Überprüfung der Nachhaltigkeitsstrategie von sehr viel grundsätzlicherer Natur sein muss, als es sich bisher abzeichnet. **Die Zeit ist reif, SDS- und Lissabonstrategie konsequent in einer Zukunftsstrategie für einen nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensraum Europa zusammenzuführen.**

Die Kommission ist der Auffassung, dass sich die beiden Strategien in einem Ergänzungsverhältnis befinden. Die EU-SDS sei langfristig, die Lissabon-Strategie mittelfristig ausgelegt. Dies kann nicht überzeugen, da es um dieselben politischen Handlungsfelder geht, was eine Kongruenz der Ziele auch bei unterschiedlichen Handlungszeiträumen erforderlich macht. Es gilt mittel- und langfristige Ziele miteinander in Einklang zu bringen. Das Nebeneinander der beiden Strategien verführt dazu, einer klaren Auseinandersetzung mit Zielkonflikten auszuweichen.

Die EU-SDS verweist mit Blick auf die ökonomische Dimension vor allem auf die Lissabon-Strategie und versteht sich selbst de facto als "Anwalt" der sozialen und ökologischen Ziele. Seinerzeit wurden in der EU-SDS sechs prioritäre Bereiche identifiziert, in denen es nicht-nachhaltige Trends zu bekämpfen gilt. **Es ist unerlässlich, das Thema Wettbewerbsfähigkeit in den Rang eines eigenständigen Schlüsselthemas zu heben und somit einen entscheidenden "Webfehler" der Strategie zu korrigieren.** Bis heute ist dies nicht geschehen, obgleich die Kommission selbst u. a. im Zuge der Überarbeitung der Strategie diagnostiziert hat, dass die Besorgnis hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren signifikant zugenommen hat und sich dadurch die Rahmenbedingungen des Handelns verändern.²

Nach wie vor konnte das Verhältnis der beiden Strategien zueinander nicht zufrieden stellend geklärt werden; die Debatten darüber sind ermüdend. Die Zweigleisigkeit der Reformprozesse

¹ econsense hat sich auch an der öffentlichen Konsultation im Rahmen der Überprüfung der EU-SDS beteiligt.

² Vgl. Seite 2 im Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen zur öffentlichen Konsultation im Rahmen der Überprüfung der EU-SDS, SEC(2004) 1012, 30. Juli 2004.

In anderem Zusammenhang wird Wettbewerbsfähigkeit als eigenes Thema sehr wohl adressiert: In den 2005 veröffentlichten Indikatoren, die im Monitoringprozess der Strategie zum Einsatz kommen sollen, steht "Economic Development" als Thema an erster Stelle. Es heißt dort: "The theme on Economic Development highlights the economic dimension of sustainable development in the framework and bridges it to the Lisbon Process." (SEC(2005) 161 endg.)

von "Lissabon" und "Göteborg" beruht historisch und organisatorisch auf unterschiedlichen Zuständigkeiten und politischen Kontexten. **Es liegt in der Hand der Politik und aller Beteiligten, umzusteuern und Gewohnheiten zu durchbrechen. Strategien entfalten ihre Wirkung, indem sie ein zielgerichtetes Vorgehen ermöglichen, Kräfte bündeln und mitreißende Prozesse in Gang setzen.** In diesem Sinne sollten sie als Instrumente der Zukunftsgestaltung für alle Bewohner Europas genutzt werden.

Ein weiterer Vorteil einer Zusammenführung wäre dadurch gegeben, dass organisatorische Prozesse der Erarbeitung, Überprüfung sowie insbesondere der Umsetzung der Strategien für alle Beteiligten effizienter gestaltet werden könnten. Die jüngste Erneuerung der Lissabon-Strategie basierte auf der Diagnose, dass die Agenda wegen Überfrachtung, mangelhafter Koordinierung und konfligierender Prioritäten nicht praktikabel war. 28 Haupt- und 120 untergeordnete Ziele, 117 Indikatoren und 300 Berichte von 25 Mitgliedsstaaten waren von niemandem zu überblicken. Wenn uns schon eine Strategie vor so große Schwierigkeiten stellt, wie sollen wir dann das teilweise widersprüchliche Verhältnis mehrerer Strategien bewältigen?

Die konzeptionelle Zusammenführung der beiden Strategien wird die Komplexität der Sachfragen nicht verringern, denn diese liegt in der Natur der Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung. **Wir sind aber überzeugt, dass wir Interdependenzen und Zielkonflikte innerhalb einer einzigen kohärenten, nachvollziehbaren und kontinuierlich weiterentwickelten Strategie abbilden müssen.**

Das Thema **Corporate Social Responsibility (CSR)**, mit dem sich die EU ebenfalls intensiv auseinandersetzt, sollte sinnvollerweise in die Überlegungen zur Verknüpfung der Lissabon-Strategie mit der EU-SDS einbezogen werden. CSR beschreibt den Beitrag der Unternehmen zur Umsetzung der gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeit und stellt somit als Konzept für nachhaltige Unternehmensführung ein logisches Bindeglied zwischen dem Ziel des Lissabonner Gipfels und der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie dar. Die europäische Kommission unterstreicht diesen Aspekt bereits 2002 in ihrer Mitteilung betreffend die soziale Verantwortung von Unternehmen, KOM(2002) 347. Die in Kürze erwartete Mitteilung der Kommission zur Vorstellung einer CSR-Allianz zwischen europäischer Wirtschaft und der Kommission ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der europäischen CSR-Strategie und damit gleichzeitig ein Weg, die Nachhaltigkeitsstrategie mit den Zielen von Lissabon zu verknüpfen.

II. EMPFEHLUNGEN ZU DEN THEMEN DER MITTEILUNG

Zu "2. Den Wandel herbeiführen: Konzentration auf Schlüsselthemen"

Unsere wichtigsten Überzeugungen und Empfehlungen:

- ▶ Wir teilen die Diagnose der Kommission zu den bereichsübergreifenden Faktoren, die es zu berücksichtigen gilt. Als Wirtschaft haben wir naturgemäß ein besonderes Interesse an förderlichen Rahmenbedingungen für **Forschung und Technologie**, weil dies in besonderer Weise unseren Verantwortungsbereich betrifft und hier wesentliche Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung liegen.
- ▶ Für den Erfolg in allen Handlungsfeldern der EU-SDS wird es entscheidend sein, welche grundsätzlichen Wege der Politikgestaltung die EU vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs einschlägt. Wir begrüßen es, dass die Kommission in der aktuellen Mitteilung unterstreicht, wie wichtig es ist, **innenpolitische Prozesse und Entscheidungen systematisch in ihrem Wechselspiel mit der internationalen Dimension von Nachhaltigkeit zu betrachten** – also wie Europa internationale Prozesse beeinflusst und von ihnen beeinflusst wird. Es gilt Zielkonflikte offen anzusprechen.
- ▶ Wir bestärken die europäische Politik darin, sich intensiver für **international harmonisierte Strategien** im Umgang mit den großen Herausforderungen einzusetzen und auf **internatio-**

nale Zusammenarbeit und Solidarität hinzuwirken, z. B. um die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Die Sorge der Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen durch regionale Gesetzgebung und politische Alleingänge ist groß. Ein politischer Wille zu einer von europäischen Werten getragenen Vorreiterrolle, den wir unterstützen, muss sich mit ökonomischer Machbarkeit vertragen, um nachhaltig wirken zu können. Nur so können beste Absichten auch zu besten Ergebnissen führen.

- ▶ Im Strukturwandel der Globalisierung ist die **Zugkraft des Marktes** – trotz seiner Unvollkommenheiten, die die Politik unter sorgfältiger Abwägung ausgleichen muss – als Steuerungsinstrument ohne Alternative. Wir sind überzeugt und es gibt viele aktuelle Belege dafür, dass sich die weltweit anstehenden Aufgaben nicht über Grenzwerte und Verbote in nationaler und regionaler Regulierung bewältigen lassen. **Einem regulativen Ansatz stellen wir marktgetriebene Innovationen, stetige Produktverbesserungen und den Wettbewerb um die besten Lösungen bei intensiver globaler Zusammenarbeit entgegen.** Eine wirkungsvolle Politik wird ihre Kräfte darauf konzentrieren, mit förderlichen Rahmenbedingungen, gezielten Anreizen und der Formulierung klarer Ziele Kreativität, Forschung und Innovation zu fördern. Da, wo Regulierung sinnvoll ist, muss eine objektivierbare **Gesetzesfolgenabschätzung** vorausgehen.
- ▶ Zugleich appellieren wir an **unsere eigene Verantwortung als multinationale Unternehmen**, über mehr Transparenz zu besseren, "nachhaltigeren" Entscheidungen zu kommen und nachhaltige Konsummuster durch ein attraktives Angebot zu fördern. Wir wissen, dass nicht nur jedes einzelne Unternehmen für sich, sondern der privatwirtschaftliche Sektor als ganzer und die jeweiligen Branchen gemeinsam daran arbeiten müssen, Märkte für "nachhaltige" Produkte zu gestalten. Als Unternehmen tragen wir eine besondere Verantwortung und besitzen die Kompetenz für die Weiterentwicklung in Forschung und Technologie.
- ▶ Die Mitteilung betont die Notwendigkeit eigenverantwortlichen Handelns aller beteiligten Parteien. Uns bestärkt dies in unserer Überzeugung, **Nachhaltigkeit als integralen Bestandteil unserer Unternehmenstätigkeit (Business Case)** zu behandeln. Darin sehen wir einen positiven Beitrag zugunsten unserer Stakeholder und unseres Shareholder Value durch z. B. die Erschließung neuer Marktpotenziale, die Vermeidung von Widerständen und Risiken, die Reduzierung von Kosten und die Steigerung der Reputation.
- ▶ Das 21. Jahrhundert fordert uns heraus, die Balance zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat neu zu gestalten. Wir sind aufgerufen, **neue kooperative und dynamische Modelle zu entwickeln.** Dies ist für alle Akteure ein schwieriger Such- und Lernprozess. Der Empfehlung der Kommission für einen ständigen Dialog stimmen wir daher voll zu und bieten uns als Partner an.

Als in econsense zusammengeschlossene Unternehmen möchten wir mit Blick auf die einzelnen Handlungsfelder branchenübergreifend Folgendes hervorheben:

Zu "2.1. Klimawandel und saubere Energien"

- ▶ **Es ist der Imperativ der Klimapolitik, dass es sich beim Klimawandel um ein globales Problem handelt, das "nach globalen Lösungen ruft",** wie die Kommission es festhält. Für die Zukunft des Klimaschutzes ist nichts wichtiger, als mit dieser Einsicht ernst zu machen: Es müssen über ein Bekenntnis zu Kyoto hinaus weitere Kräfte und Ressourcen mobilisiert werden, um die internationalen Verhandlungen im Sinne globaler, technologieorientierter Lösungen zu intensivieren und zum Erfolg zu führen. Die Gesellschaft hat große Erwartungen an die EU als eine politische Stimme, die sich dafür einsetzt, dass der weltweite Klimaschutz vorangetrieben wird. Die Vorreiterrolle, die sich die EU selbst zuschreibt, würde sich insbesondere in einer gelungenen Einbindung weiterer Staaten in gemeinsame, weltweite Anstrengungen beweisen. Sie ist nur dann tragfähig. Die CO₂-Emissionen der EU-25 machen nur 14 % der weltweiten Emissionen aus; dieser Anteil wird angesichts rapide anwachsender großer Volkswirtschaften wie China noch abnehmen. Den Minderungen der Kyoto-Gase in der EU-15 von weniger als 2% seit 1990 steht ein weltweiter Anstieg allein der CO₂-

Emissionen um 25 % entgegen. Nach wie vor ist unklar, ob und wie die Großemittenten USA, China, Indien etc. in ein weltweites Klimaregime einbezogen werden. Zur Gesamtverantwortung einer EU-Politik zählt es, auch all die Synergien auszuschöpfen, die sich durch eine Kooperation mit der Asia-Pacific Partnership on Clean Development and Climate erzielen lassen.

- ▶ **Ein isolierter "Frontrunner-Ansatz" wird nicht die notwendigen Erfolge bringen, sondern im Gegenteil nachhaltigen Lösungen entgegenwirken:** Wird Industrieproduktion wegen wettbewerblicher Nachteile in Nicht-EU-Staaten verlagert, führt dies wegen der häufig niedrigeren Produktionsstandards zu mehr statt weniger Emissionen weltweit. Inselektive Lösungen sind zum Scheitern verurteilt. Die EU ist mit ihrer Vorreiterrolle aktuell nicht in der Lage, genügend ökonomischen oder politischen Druck auf andere Länder auszuüben, gleiche Standards anzuwenden. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der eigenen effizienten Industrie droht entgegen den Lissabon-Zielen gefährdet zu werden.
- ▶ Der ausschließlich auf die EU beschränkte **Emissionshandel** in seiner jetzigen Ausgestaltung ist eine Ausprägung dieses Konfliktes. Er führt zu einseitigen Belastungen von Regionen und Sektoren. Daher ist es eine richtige und notwendige Entscheidung, dass EU und Mitgliedsstaaten das Instrument des Emissionshandels **überprüfen** wollen.
- ▶ Mit Blick auf die enormen Kosten des Klimaschutzes ist es unerlässlich, sich auf die **kostengünstigsten Maßnahmen** und die Sektoren und Regionen mit den höchsten Minderungspotenzialen zu konzentrieren. **Marktnahen Lösungen** ist wegen ihrer Kosteneffizienz grundsätzlich, jedoch nicht ungeprüft, Vorrang einzuräumen. Bei der Einführung neuer Mechanismen ist darauf zu achten, dass die Lasten für die Sektoren nicht kumuliert, sondern belastungsneutral gestaltet werden.
- ▶ Reale Erfolge beim Klimaschutz werden durch neue Technologien erreicht. Die Klimaschutzpolitik der EU ist daher stärker gefragt, sich auf die **Forschungsförderung** zu konzentrieren.
- ▶ Für uns als Unternehmen ist es von besonderer Bedeutung, dass bei der Definition von langfristigen Zielen die **Zeithorizonte für technologische Entwicklung berücksichtigt** werden und die **politischen Rahmenbedingungen verlässlich** sind. Energie- und Klimaschutzpolitik sind Wirtschaftspolitik und damit Standortpolitik. Die Industrie ist trotz ihres hohen Energiebedarfs nicht nur Mitverursacher, sondern aufgrund ihrer Innovationskraft vor allem Teil der Lösung des Klimaschutzproblems.
- ▶ Wir unterstützen die **Steigerung der Energieeffizienz** als wichtigen Teil einer Klimastrategie. Dabei spielt die Energieeinsparung in Gebäuden, vor allem auch in Altbauten, eine herausragende Rolle.
- ▶ Um Handlungsspielraum angesichts des ungebremsten Anstieges der weltweiten Emissionen zu gewinnen, gilt es **sowohl Vermeidungs- als auch Anpassungsstrategien** weiter zu erforschen, zu bewerten und in die Tat umzusetzen.
- ▶ **Ziele dürfen nicht rein deklaratorisch sein.** Zurzeit ist es fraglich, ob die EU ihre Kyoto-Zusagen einhalten kann: den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2012 um 8% gegenüber 1990 zu senken. Vor der Festlegung weiterer ambitionierter Zielmarken muss zunächst gewährleistet sein, dass die bestehenden Zusagen eingehalten werden können.
- ▶ **Sorgfalt ist geboten bei der Bewertung des Potenzials der EU bei erneuerbaren Energien** und der möglichen Konflikte mit anderen Zielen. Es ist die Frage, was unter einem "viel größeren Anteil", wie er in der Mitteilung zitiert wird, zu verstehen ist. Die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Einsatzes erneuerbarer Energien sind Beschränkungen unterworfen. Eine Herausforderung ist zudem die begrenzte Verfügbarkeit von Biomasse. Die Nutzungskonkurrenz zwischen der Nutzung als Nahrungsmittel, der energetischen und stofflichen Nutzung wird zunehmen.

Zu "2.2. Gesundheit"

- ▶ Die allgemeine Gesundheitssituation hat sich in den Mitgliedsstaaten der EU in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich verbessert. Die Lebenserwartung ist heute so hoch wie nie zuvor. Wissenschaftliche Studien belegen ein hohes Niveau im Umwelt- und Gesundheitsschutz und erhebliche Krankheitslasten in Schwellenländern. **Eine gute wirtschaftliche Lage ist eine nachhaltige Basis für die Verringerung von gesundheitlichen Risiken.** Auch

die in Europa zu verzeichnende kontinuierliche Steigerung der Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten macht diesen Zusammenhang deutlich.

- ▶ Wir begrüßen es, dass die vorliegende Mitteilung eine **Neuordnung der Prioritäten gegenüber der Strategie von 2001 vornimmt** und grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen (Schutz vor Pandemien etc.) stärker in den Blick nimmt.
- ▶ Die SCALE-Strategie für Umwelt und Gesundheit und der dazugehörige Europäische Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004-2010 stehen für eine Intensivierung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes, mit besonderem Fokus auf den Schutz von Kindern. Wir unterstützen die Bemühungen, den Schutz der Gesundheit und das Wohlergehen von Kindern weiter zu verbessern. **Bei der Verknüpfung von Umwelt- und Gesundheitsdaten ist ein umfassender Ansatz notwendig**, der alle relevanten Faktoren in die Ursachenforschung gesundheitlicher Probleme einbezieht. Daher wäre es auch wichtig, dass die vorliegende Mitteilung expressis verbis den Einfluss von lebensstil- und ernährungsbedingten Faktoren auf die öffentliche Gesundheit gerade in den Wohlstandsgesellschaften Westeuropas stärker hervorhebt.

Zu "2.3. Soziale Ausgrenzung, Demografie und Migration"

- ▶ **Die Kommission umreißt die Herausforderungen richtig.** Zur Bewältigung des demografischen Wandels brauchen wir Impulse und Mitarbeit von allen Seiten. Wir begrüßen es, dass die EU es sich zur Aufgabe macht, die Prozesse in den Mitgliedsstaaten durch Anregungen und Hilfestellungen zu beschleunigen. Den Gesellschaften – uns allen – fehlt zumeist die Vorstellungskraft, was eine Überalterung der Gesellschaft in allen Konsequenzen bedeutet. Daher gilt es auch hier weitere Aufklärungsarbeit zu leisten.
- ▶ **Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass auch in den Unternehmen die Weichen jetzt gestellt werden müssen.** Wir sehen uns hier als Unternehmensnetzwerk in der Pflicht, den Prozess mitzugestalten, und werden uns in 2006 ausführlich mit den Folgen des demografischen Wandels für Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit auseinander setzen.

Zu "2.4. Management der natürlichen Ressourcen"

- ▶ In Umweltschutz und Ressourceneffizienz können wir in Deutschland und Europa in den letzten 30 Jahren **große Erfolge** vorweisen. Dies macht auch die Mitteilung „Thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ (KOM(2005) 670) vom 21. Dezember 2005 deutlich. Eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und negativen Umweltauswirkungen ist von der Industrie zum großen Teil bereits ohne staatliche Vorgaben erreicht worden.
- ▶ **Ökoeffizienten und wirtschaftlichen Technologien gehört die Zukunft.** Eine größtmögliche Ressourceneffizienz ist in unserem eigenen Interesse als Unternehmen. Ökoeffizienz wird zunehmend zu einem Wettbewerbsfaktor, der uns große Innovationsanstrengungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung abfordert. Gerade mit Blick auf dieses Handlungsfeld mit seiner Vielzahl an politischen Initiativen – thematische und spezifische Strategien, Aktionspläne, Entwicklungen im öffentlichen Beschaffungswesen, Integrierte Produktpolitik etc. – haben wir die **Befürchtung, dass die Kommission einseitig auf Lösungsversuche durch eine noch dichtere Regulierung setzt.**
- ▶ Wir plädieren für **Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit des Marktes.** Der Marktmechanismus bietet die beste Chance, zukünftigen Herausforderungen bezüglich der Nutzung knapper Ressourcen zu begegnen und im Sinne von Nachhaltigkeit Ressourcenschonung mit wirtschaftlichem Wachstum zu verbinden. **Lösungen für ressourceneffiziente Technologien (Produkte und Prozesse) sollten so weit wie möglich dem "Suchprozess" des Marktes überlassen werden.** Diese Forderung beinhaltet auch anzuerkennen, dass ressourcenschonendere Produktions- und Konsummuster sich nur Schritt für Schritt, im Rahmen der technologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, etablieren werden und sich nicht politisch "vorwegnehmen" lassen.

- ▶ **Wir wissen, dass der Markt nicht in allen Fällen Knappheiten (z. B. bei Umweltgütern) rechtzeitig und angemessen widerspiegelt**, und sind uns der politischen Dilemmata bewusst, die sich daraus ergeben. Politische Anreize und Signale können in bestimmten Fällen sinnvoll sein, sind aber wegen ihrer problematischen Sekundäreffekte nur sehr vorsichtig einzusetzen. So können z. B. Technologien mit einer staatlichen Anschubfinanzierung versehen werden, damit sie schneller bis zur Marktreife entwickelt werden können. Eine langfristige Subventionierung ist schädlich, weil sie Ausdruck einer ineffizienten Verwendung von Mitteln ist.

Zu "2.5. Nachhaltiger Verkehr"

- ▶ Um eine nachhaltige Reduzierung der Belastung im Verkehrssektor zu erreichen, brauchen wir eine neue Herangehensweise: einen **integrierten Ansatz zum Klimaschutz** und zur CO₂-Reduzierung, der alle Stakeholder im Verkehrsbereich einbezieht. Dies trägt dem Grundsatz der gemeinsamen Klimaschutzverantwortung Rechnung. Wir sehen dabei unter anderem folgende Zuständigkeiten:
- ▶ **Verantwortung der Automobilindustrie:** Verstärkte Anstrengungen zur Marktdurchdringung von CO₂-effizienten Technologien und neuen Technologien für alternative Kraftstoffe, Verbesserung der Verbraucherinformationen zur besseren Marktdurchdringung neuer Technologien, Unterstützung einer umweltschonenden Fahrweise.
- ▶ **Verantwortung der Kraftstoffindustrie:** Verstärkte Anstrengungen zur Entwicklung und Marktdurchdringung von alternativen Kraftstoffen, Unterstützung einer umweltschonenden Fahrweise.
- ▶ **Verantwortung der Politik:** Verbesserung der Straßen- und Schieneninfrastruktur und des integrierten Verkehrsmanagements, Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen im Verkehrsmarkt, Förderung von langfristig aussichtsreichen neuen Technologien und alternativen Kraftstoffen (z. B. BTL, Wasserstoff), Unterstützung einer umweltschonenden Fahrweise, faire CO₂-Besteuerung sowie Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsmittel.
- ▶ Wir begrüßen es, das **Potenzial von Biokraftstoffen** konsequenter als bisher im Interesse nachhaltiger Mobilität zu erschließen. Der verstärkte Einsatz von Biokraftstoffen ist besonders kurz- und mittelfristig ein wichtiger strategischer Meilenstein. Im Sinne schneller Erfolge sehen wir es als vorrangiges Ziel, in der Breite die Beimischung von Biodiesel bzw. Bioethanol zu konventionellem Kraftstoff zu erhöhen. Die Automobilindustrie hat die Aufgabe, wo nötig die technischen Anpassungen im Motor vorzunehmen und neue Technologien zu entwickeln. Politik und Kraftstoffindustrie kommt die Aufgabe zu, die Infrastruktur bereitzustellen. Wir sind auf verstärkte Anstrengungen der Kraftstoffindustrie in der Entwicklung und Marktdurchdringung alternativer Treibstoffe angewiesen.
- ▶ Eine **Besteuerung im Automobilbereich nach den CO₂-Emissionen muss linear und technologieneutral erfolgen**, um wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen (z. B.: Familien benötigen größere Fahrzeuge) gleichermaßen gerecht zu werden.
- ▶ Gerade im Automobilssektor ist offen, welche nachhaltigen Technologien langfristig die Nase vorn haben werden. Daher müssen die politischen Rahmenbedingungen grundsätzlich gewährleisten, **dass die verschiedenen Forschungs- und Entwicklungsansätze gleichwertig nebeneinander weiterverfolgt werden können**.
- ▶ **Wir halten es für richtig, die Intermodalität der Verkehrsträger zu verbessern.** Diese sehr anspruchsvolle Infrastrukturaufgabe, die Verkehrsträger intelligent miteinander zu vernetzen, ist ohne Zweifel Teil einer globalen Nachhaltigkeitsstrategie für den Verkehrssektor.

Zu "2.6. Globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und Entwicklung"

- ▶ Wir teilen die Diagnose der Kommission zu Armut und Ungleichheit als eine der größten Bedrohungen für eine nachhaltige Entwicklung. Angesichts der umfangreichen Darstellung in der ursprünglichen EU-SDS (Mitteilung "Towards a global partnership for sustainable development", KOM(2002) 82 endg.) regen wir an, **den globalen Fragen im Review mehr Raum zu geben**.

- ▶ Ein Teil der Lösung der von der Kommission beschriebenen Herausforderungen liegt in einer aufstrebenden **wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in den Entwicklungs- und Schwellenländern**. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass überhaupt erst in die Verbesserung der sozialen und ökologischen Situation in diesen Ländern investiert werden kann.
- ▶ Wir wünschen uns von der Kommission weitere Ausführungen dazu, wie sie die **Rolle des privatwirtschaftlichen Sektors** sieht. Es ist wichtig zu betonen: Die Wirtschaft kann ihren Beitrag nur dann erfolgreich leisten, wenn sie in den betroffenen Ländern auf stabile politische Verhältnisse trifft. Dieser Zusammenhang wird oft übersehen: "Business cannot succeed in a society that fails", wie es der World Business Council for Sustainable Development ausdrückt.
- ▶ In der Theorie kann eine UN-Umweltorganisation zu einem international abgestimmten Vorgehen beitragen und so helfen, Hindernisse wie z. B. Wettbewerbsverzerrungen aus dem Weg zu räumen. Es kommt jedoch in der Praxis darauf an, **ob der gemeinsame politische Wille ausreichend ist, um eine Weltumweltorganisation wirklich handlungsfähig zu machen**.

Zu "3. Ergebnisse"

Zu "3.1. Wirksamere Folgemaßnahmen"

- ▶ Anwendung von Indikatoren: Wir empfehlen dringend die **Konzentration auf wenige Schlüsselindikatoren**, die die gesamte Länge der Wertschöpfungskette abdecken und dabei branchenspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen. **Die Gewichtung der Indikatoren bleibt dabei eine fortlaufende Aufgabe**. Die Indikatoren sollten in der Reihenfolge ihrer Bedeutung für das gesteckte Ziel abgearbeitet werden. Da Indikatoren Messbarkeit und Bewertbarkeit voraussetzen, sollten Ergebnisse, die nicht oder nur schwer nachprüfbar sind, zunächst vernachlässigt oder auf freiwilliger Basis verlangt/angeboten werden. Indikatoren müssen aktive Steuergrößen sein und dürfen nicht zu weiteren "Zahlenfriedhöfen" führen.
- ▶ **Fortschrittsüberprüfung**: Die Umsetzung neuer Erkenntnisse muss zeitnah geschehen. Der entscheidende Erfolgsfaktor ist die **Festlegung klarer Zuständigkeiten** in der EU und den Mitgliedsstaaten. Denn: Keine Verantwortlichkeiten = keine Ergebnisse. Wir begrüßen ein **vereinfachtes "Peer Review"** als Instrument für die Verbreitung von Best Practice.

Zu "3.2. Bessere Politikgestaltung"

Verbesserte politische Kohärenz: Folgenabschätzung und andere Instrumente für bessere Rechtsetzung

- ▶ Das Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung und die damit verbundene Transparenz über Wirkungen, mögliche Reaktionen und Wechselwirkungen ist eine unerlässliche Grundvoraussetzung, um nachhaltige Entscheidungen treffen zu können. Wir bestärken die Kommission darin, ihr Engagement auszubauen und den **internen Kulturwandel durch die Anwendung zu verstetigen**. Dabei sollten die mittlerweile aufgestellten Grundsätze beachtet und weiterentwickelt werden:
 - > Es muss eine durchgehende, transparente und nachprüfbare Methodik angewandt werden, die den Grundsätzen der Besseren Gesetzgebung entspricht und zum Ziel die Schaffung eines kohärenten und damit nachhaltigen Gesetzesrahmens hat.
 - > Die Gesetzesfolgenabschätzung muss alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit umfassen.
 - > Die Durchführung darf nicht der Dienststelle alleine überlassen werden, die auch für den eigentlichen Gesetzesvorschlag zuständig ist, um Interessenkonflikte zu vermeiden.
 - > Die Einbeziehung aller Stakeholder in einem frühen Stadium ist erforderlich, um rechtzeitig alle relevanten Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

- > Wichtige Änderungsvorschläge von EU-Ministerrat und Europaparlament sind ebenfalls einer Prüfung zu unterziehen.
- > Die Kosten-Effizienz-Analyse und die Kosten-Nutzen-Analyse sind als wesentliche Instrumente in dieser Reihenfolge anzuwenden.
- > Dabei sind auch die kumulativen Kosten von Gesetzgebung zu untersuchen.
- > Gesetze müssen regelmäßig in einer Ex-Post-Überprüfung auf ihre Wirksamkeit hinsichtlich ihres ursprünglichen Zwecks hin überprüft werden.

Der wirksamste Maßnahmenmix

- ▶ Als "vielleicht" wirksamstes Mittel im Maßnahmenmix sieht die Kommission die Aufgabe, sicherzustellen, "dass die Märkte die richtigen Signale aussenden". **Wir glauben, dass die Ausführungen zur "Angemessenheit der Preise" die volkswirtschaftliche Komplexität und Sensibilität des Themas nicht richtig erfassen.** Grundsätzlich ist die Internalisierung externer Kosten richtig. Ohne Zweifel liegt es in der Verantwortung der Politik, weiter zu erforschen, in welchen Bereichen sie machbar und zielführend wäre. Nicht-internalisierte Kosten (die "vollen Kosten und Konsequenzen unserer Entscheidungen") lassen sich jedoch nur sehr schwer und ungenau bestimmen. Weil eine Internalisierung nur durch starkes politisches Eingreifen in Märkte erzeugt werden kann, ist sie sehr sensibel und birgt die Gefahr unerwünschter Sekundärwirkungen. Daher ist besondere Vorsicht geboten. Besonders eine auf Europa begrenzte Beeinflussung der Preisfindung im Markt könnte Preisstrukturen im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen verzerren. Hinzuweisen ist auf die Gefahr der Diskriminierung einzelner Produkte, da sich die vollen Kosten nicht vollständig und gerecht einzelnen Produkten, Produktgruppen oder Verfahren zuordnen lassen.

Mobilisierung von Akteuren, Multiplikatoreffekte

- ▶ Es ist, darauf möchten wir ergänzend hinweisen, ganz **entscheidend, dass die Medien Nachhaltigkeitsthemen gezielter aufgreifen** und schwierige Sachverhalte für die breite Öffentlichkeit verständlich machen. Wir ermutigen die EU, sich dafür einzusetzen, dass auch die EU-SDS in Fachöffentlichkeit und Medien besser kommuniziert wird. Die Medien könnten die notwendigen Veränderungsprozesse deutlich beschleunigen, wenn es ihnen gelingt, nicht nur "bad news" zu berichten, sondern auch positiv über Erfolge, gute Praxis und Vorbilder.
- ▶ Gemäß unserem Selbstverständnis (Mission Statement) stehen wir für den geforderten Reflexionsprozess zwischen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft jederzeit zur Verfügung.

III. FÜR MEHR TRANSPARENZ: VERBESSERUNGSPOTENZIAL IN DER PROZESSGESTALTUNG

Die Kommission hat den Anspruch, den aktuellen Review-Prozess unter umfassender Einbeziehung der Stakeholder durchzuführen – im Sinne einer besseren Politikgestaltung und Gesetzgebung. Wir begrüßen diese Möglichkeit der Partizipation und wollen sie aktiv nutzen. Dennoch machen auch wir die Erfahrung, dass dies nur mit einem enormen Aufwand und akribischer, vergleichender Textarbeit möglich ist, die schnell die vorhandenen Ressourcen überfordert. Gerade bei den großen Querschnittsstrategien der EU ist es zentral, für eine größtmögliche Übersichtlichkeit zu sorgen: Je komplexer die Fragen, desto klarer müssen die Strukturen und Abläufe sein. In Anerkennung der großen Herausforderung regen wir an:

▶ Für einen Roten Faden sorgen

Es ist nur schwer möglich, den Schritten und Bewertungen in einem Review-Prozess zu folgen, wenn aufeinander bezogene Texte immer wieder Unterschiede in den Bezeichnungen gleicher Sachverhalte aufweisen und jeder Text einer anderen Gliederung folgt. Dafür gibt es viele Beispiele. So werden die sechs prioritären Handlungsfelder nicht einheitlich bezeichnet: Mal ist von "Klimawandel und saubere Energien" die Rede, dann nur von "Klimawandel"; in einem Text heißt das Handlungsfeld "Verkehr und Flächenverbrauch", dann nur "(Nachhaltiger) Verkehr" oder "Mobilität und Verkehr" etc. Überschriften und Inhalte finden sich in den unterschiedlichsten Vari-

anten. In der aktuellen Mitteilung KOM(2005) 658 wird unvermittelt das Handlungsfeld "demographischer Wandel" mit dem Handlungsfeld "soziale Ausgrenzung" verschmolzen. Das Begriffsgeflecht aus Leitprinzipien, Schlüsselthemen, prioritären Handlungsfeldern, allgemeinen und besonderen Zielen, Vorgaben, Grundsätzen, Leitaktionen, Schlüsselmaßnahmen, Maßnahmen etc. ist kaum durchdringbar.

► **Entwicklungen klar herausarbeiten**

Die Überprüfung einer Strategie will deutlich machen, was sich im Vergleich zu einem Bezugszeitpunkt (in diesem Fall die Erstauflage der EU-SDS von 2001) verändert hat, um daraus Schlüsse zu ziehen. Die mitunter ausholenden Formulierungen der Mitteilungen und einschlägigen Veröffentlichungen führen dazu, dass es kaum möglich ist, Entwicklungsschritte nachzuvollziehen und Neues, z. B. Fortschritte in einem politischen Feld oder eine Strategieveränderung, von Altem zu unterscheiden. Für ein effektives Prozessmanagement und Monitoring ist es hilfreich, Texte klar zu strukturieren und herauszuarbeiten: Wo wird die bestehende Strategie nur bestätigt und noch einmal bekräftigt? Wo genau hat sich die Einschätzung zum Handlungsbedarf verschoben und wird Änderungsbedarf gesehen? In welchem Politikfeld hat es welche Entwicklung gegeben?

► **Zentrale Informationen nicht in die Annexe**

Mitteilungen der Kommission sind vom Umfang her begrenzt. Folglich finden sich zunehmend entscheidende – und nicht allein weiterführende – Informationen in Anhängen, wie z. B. in Anhang 2 der vorliegenden Mitteilung. Wir bitten, diese Praxis zu überdenken. Die Fragmentierung erschwert die Rezeption und Bewertung enorm und verhindert, dass sich die Strategie gut kommunizieren lässt. Letzteres ist jedoch ganz entscheidend für den Erfolg. Zudem ist es häufig nicht nachvollziehbar, nach welchen Kriterien Informationen im Haupttext oder im Annex stehen.

econsense

Forum Nachhaltige Entwicklung
der Deutschen Wirtschaft

econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V. ist ein aktives Netzwerk führender, global tätiger Unternehmen und Organisationen der deutschen Wirtschaft, die gemeinsam die Zukunft nachhaltigen Wirtschaftens und gesellschaftlicher Unternehmensverantwortung gestalten möchten – im offenen Dialog untereinander, mit Politik und Gesellschaft. Die branchenübergreifende Initiative mit aktuell 23 Mitgliedern wurde im Jahr 2000 auf Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) gegründet. econsense kooperiert mit CSR Europe und dem World Business Council for Sustainable Development (WBCSD).

Kontakt:

econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V.

Geschäftsstelle, Haus der Deutschen Wirtschaft, Breite Str. 29, 10178 Berlin

Tel.: +49 (0) 30-2028-1474, Fax: -2474, E-Mail: info@econsense.de, www.econsense.de